

## Rede von Helmut Kohl (Hannover, 5. November 1985)

**Legende:** Rede des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl anlässlich der Eröffnung der zweiten EUREKA-Ministerkonferenz am 5. November 1985 in Hannover.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 07.11.1985, Nr. 121. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_helmut\\_kohl\\_hannover\\_5\\_november\\_1985-de-7815361d-6ba0-49ce-b3bb-9a71b7e82b46.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_hannover_5_november_1985-de-7815361d-6ba0-49ce-b3bb-9a71b7e82b46.html)

**Publication date:** 23/10/2012

## Rede von Helmut Kohl (Hannover, 5. November 1985)

Ich heiÙe Sie zur Zweiten EUREKA-Ministerkonferenz herzlich willkommen. Ich bin überzeugt, daß diese Konferenz in Hannover uns auf dem gemeinsamen Weg, den wir in Paris eingeschlagen haben, ein gutes Stück voranbringen wird.

Sie befinden sich in einer Stadt, in der jährlich die größte Industriemesse der Welt stattfindet. Von hier gehen wichtige Impulse gerade auch im Bereich der neuen Technologien aus.

Hannover ist zugleich die Hauptstadt von Niedersachsen, eines Bundeslandes, das in den letzten Jahren Beispielhaftes bei der Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien geleistet hat. So hat die Landesregierung „Technologieparks“ ins Leben gerufen, die jungen Unternehmen Start und Aufbau erleichtern sollen, sowie das Zentrum der biotechnologischen Forschung, das jetzt im nahen Braunschweig entsteht, und den Aufbau von Zentren der Mikroelektronik in Braunschweig und Hannover gefördert.

In der Tat: die Strukturprobleme, die sich nicht nur hier, sondern im weltweiten Zusammenhang stellen, lassen sich nur durch aktive Politik lösen. Wer den Strukturwandel, dem unsere Wirtschaften unterworfen sind, verdrängt oder seine Lösung künstlich aufhält, verschärft nur die Probleme. Vor allem aber versagt er vor der Aufgabe, die Zukunft zu sichern.

EUREKA steht für den Willen der hier vertretenen Länder, die technologische Spitzenposition, die Europa innehat, auch für die Zukunft zu behaupten. Der von Frankreich ausgegangene Anstoß zu EUREKA hat von Anfang an die entschiedene politische Unterstützung der Bundesregierung gehabt.

Es geht, und darin pflichte ich den Warten von Staatspräsident Mitterrand anläßlich der Eröffnung der Ersten EUREKA-Konferenz bei, um eine entscheidende Etappe europäischer Geschichte.

„Unser Schicksal ist die Wirtschaft“ hat Walter Rathenau zu Beginn dieses Jahrhunderts formuliert. Heute, da wir uns dem Ende dieses Jahrhunderts nähern, muß man sagen: „Die Technologie ist unser Schicksal.“

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft stehen vor der Herausforderung einer dritten industriellen Revolution. Den wirtschaftlichen Wettbewerb bestimmen nicht mehr Eisen und Stahl, sondern Mikroprozessoren, die das Herzstück von Werkzeugmaschinen, Robotern und Kommunikationsanlagen bilden.

Ein anderer Bereich, von dem bahnbrechende Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft ausgehen, ist die Informationstechnik. Und schon bald könnte die moderne Biotechnik dazu führen, daß sich die Produktionsstrukturen in weiten Teilen der chemischen Industrie oder der Landwirtschaft nachhaltig ändern.

Der Übergang von der klassischen Industriegesellschaft in eine Gesellschaft, die von den neuen Techniken geprägt wird, ist unaufhaltsam. Wer sich hier in modischen Kulturpessimismus oder eine Verweigerungshaltung flüchtet, steckt den Kopf in den Sand. Es genügt ein Blick auf die industrielle Entwicklung Europas in den letzten 200 Jahren, um zu begreifen, daß derjenige, der sich dem Wandel verschließt, am Ende als Verlierer dasteht.

Dabei verkenne ich nicht, daß der Anpassungsprozeß uns auch noch in den nächsten Jahren vor schwerwiegende Probleme stellen wird, nicht zuletzt in der Arbeitswelt. Krisenfeste Arbeitsplätze können wir aber nur schaffen, wenn wir uns bei der Entwicklung und Umsetzung der neuen Technologien nicht abhängen lassen.

Wo steht Europa in dem weltweiten Wettbewerb um die Gestaltung der Zukunft?

Sogenannte Futurologen versuchen uns einzureden, der industrielle Niedergang Europas sei vorprogrammiert. Die Zukunft, so heißt es, läge im pazifischen Raum.

Dies sind, so glaube ich, undifferenzierte und voreilige Voraussagen. Sie unterschätzen, daß in uns Europäern nach wie vor genügend Vitalität, Wagemut, und geistige Beweglichkeit steckt, um mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden.

Europa hat in seiner Geschichte bewiesen, daß es immer wieder die Kraft gefunden hat, mit neuen Herausforderungen fertig zu werden. Denken wir nur an seinen beispiellosen Aufstieg aus der Asche des Zweiten Weltkrieges.

Ich verkenne nicht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan in einigen zentralen Bereichen der Hochtechnologie weiter sind als wir. Aber wir haben in den letzten Jahren bewiesen, daß wir aufholen und den Anschluß finden können, wenn wir nur wollen.

Unsere Lage wird nicht nur durch ungleiche Wettbewerbsbedingungen - die es zu beseitigen gilt - erschwert. Viele unserer Probleme sind psychologischer Natur. Wo das Geschäft mit der Angst blüht, schwinden Selbstvertrauen und die Bereitschaft zu entschiedenem Handeln. Europessimismus oder Eurosklerose - um die üblichen Schlagwörter zu zitieren - sind keine Begriffe, die Europa Zukunft verheißen. Wir brauchen Optimismus, Dynamik und Vitalität für Europa.

Die Europäische Gemeinschaft hat in den letzten Jahren schwierigen Belastungen standgehalten. Ihre Mitgliedstaaten haben der Versuchung widerstanden, die Lösung für ihre Probleme in überholten nationalen Politiken zu suchen.

Die Gemeinschaft wird schon bald zwölf Mitgliedstaaten umfassen. Damit wird das Gewicht des demokratischen Europas in der Welt weiter zunehmen. Auf der Regierungskonferenz bemühen wir uns um institutionelle Reformen und um die Aushandlung eines Vertrages, der die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit festschreibt. Es geht also voran in Europa und es gibt daher keinen Grund zur Resignation.

Europa leistet in den Bereichen der Hochtechnologien nach wie vor Hervorragendes. Hierfür gibt es reichlich Beispiele. Ich nenne nur den Airbus, das Weltraumlabor Spacelab, die Weltraumrakete Ariane - Projekte, die nicht zuletzt deshalb erfolgreich waren, weil dabei europäische Firmen eng zusammengearbeitet haben.

Das heißt nicht, daß wir auf den Lorbeeren unseres nach wie vor beachtlichen Wirtschaftspotentials ausruhen können. Europäische Firmen haben gegenüber ihren Konkurrenten in Japan und den Vereinigten Staaten den Standortnachteil eines nicht wirklich offenen Binnenmarktes. Allerdings muß man hinzufügen, daß sie die vorhandenen Möglichkeiten der Kooperation auch nicht immer im wünschenswerten Ausmaße nutzen.

Auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien, meine Damen und Herren, werden jedoch nationale Anstrengungen nicht ausreichen. Nur konsequente und zielbewußte Zusammenarbeit kann Europa auf Dauer in die Lage versetzen, erfolgreich im Kräftedreieck mit den USA und Japan mitzuhalten.

EUREKA ist Ausdruck dieses Willens, gemeinsam zu handeln. Der Kreis der Konferenzteilnehmer macht deutlich, daß wir uns - über die Grenzen der Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft hinaus - über die Notwendigkeit einig sind, der technologisch-industriellen Zusammenarbeit in Europa eine neue Qualität zu geben.

Hierbei dürfen wir keine Scheinlösung anstreben. So wie sich Strukturprobleme nicht dadurch lösen lassen, daß der nationale Markt abgeschottet und die ausländische Konkurrenz ausgesperrt wird, kann dies auch nicht die Option auf europäischer Ebene sein. Die europäische Wirtschaft muß weiterhin für die Zusammenarbeit mit Amerika und Japan - und natürlich auch mit anderen Partnern - offenbleiben.

Wir wollen keine technologische Blockbildung. Dies ist nicht nur eine Frage von wirtschaftlicher, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Denn es geht darum, uns als Europäer im Bündnis mit dem Westen zu behaupten, nicht das Bündnis zu spalten.

Ihnen liegt der Entwurf einer Grundsatzerklärung vor, in der Strukturen und Verfahren von EUREKA definiert werden.

Nach unserem Verständnis ist es nicht Sache des Staates, den technologischen Wandel durch dirigistische Maßnahmen zu bewirken. Dies würde in die Sackgasse führen.

Für uns, die wir uns einer marktwirtschaftlichen Philosophie verpflichtet fühlen, kommt daher nur eine Politik in Betracht, die den Wandel durch die größtmögliche Freisetzung der unternehmerischen Kräfte und die Förderung der Zusammenarbeit unterstützt.

Ich begrüße es, daß der Entwurf der Grundsatzklärung dieser Überzeugung Rechnung trägt. EUREKA soll einen offenen Rahmen für unternehmerische Initiative schaffen.

Die Ankündigung von EUREKA hat in dieser Hinsicht bereits erhebliche Mobilisierungseffekte ausgelöst, wie die Zusammenschlüsse von Unternehmen und Forschungsinstituten zur Vorbereitung von EUREKA-Projekten beweisen.

Dabei sollten wir uns bemühen, auch kleinere und mittlere Firmen im Rahmen von EUREKA zusammenzubringen. Dies ist kein Widerspruch zu dem Anspruch, mit Hilfe von EUREKA gerade auch komplexe und risikoreiche Projekte durchzusetzen. Die Erfahrung zeigt, daß ein beachtliches Ausmaß von Innovation nicht zuletzt von Mittel- und Kleinbetrieben geleistet wird. In der Bundesrepublik Deutschland haben beispielsweise Unternehmen unterschiedlicher Größe bei der Entwicklung von Robotern erfolgreich zusammengearbeitet.

Bei der Durchführung von EUREKA müssen wir auch darauf achten, die Zielsetzungen so anzulegen, daß wir gleichzeitig die vorhandenen europäischen Kapazitäten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und insbesondere der universitären Forschung einbinden und stimulieren.

EUREKA darf auch nicht zu einem exklusiven Terrain für wenige Spezialisten der Hochtechnologie werden. Europas Zukunft ist vor allem Sache seiner Bürger. Wir müssen den konkreten Nutzen neuer Technologien für die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Auge behalten und unseren Bürgern immer wieder verdeutlichen.

EUREKA muß vor allem durch das Engagement der europäischen Industrieunternehmen und der Forschungseinrichtungen ausgefüllt werden. EUREKA kann aber nur Erfolg haben, wenn dieses ehrgeizige Unterfangen auch von staatlicher Seite unterstützt wird:

- Durch geeignete Rahmenbedingungen für erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit
- Durch Schaffung einheitlicher Normen und Standards sowie durch gemeinsame Entwicklung neuer Technologien
- Durch Infrastruktur der Forschung, sei es in den staatlich getragenen Forschungseinrichtungen der Universitäten oder den außeruniversitären Einrichtungen
- sowie schließlich durch Förderung langfristiger und besonders risikoreicher Forschungsvorhaben.

In diesem Zusammenhang mochte ich auch auf die Frage einer staatlichen Beteiligung an der Finanzierung von EUREKA-Projekten eingehen.

Wir sind der Meinung, daß es grundsätzlich Sache der Unternehmen sein muß, die Finanzierung von Projekten zu sichern, die sie im Rahmen von EUREKA in Angriff nehmen. Mitte Oktober haben in London Finanzexperten der EUREKA-Teilnehmerstaaten über dieses Thema gesprochen und dabei unter anderem überlegt, wie die privaten Kapitalmärkte für EUREKA-Projekte genützt werden können. Das scheint mir ein

interessanter Ansatz.

Meine Damen und Herren, ich bin mir bewußt, daß dies angesichts unserer Ausgangspositionen nicht genügt, um den von uns erstrebten Erfolg zu erreichen. Wir werden nur Erfolg haben, wenn auch die Möglichkeiten gezielter staatlicher Hilfestellungen und Finanzierung in unsere Überlegungen einbezogen werden. Dies ist auch deswegen geboten, damit europäische Unternehmen eine faire Chance gegenüber den ausländischen Konkurrenten erhalten, die von großzügig dotierten Forschungsprogrammen ihrer Staaten profitieren.

Die Bundesregierung ist daher im Rahmen von EUREKA auch zu finanziellen Leistungen bereit und wird interessante und ausgewählte Projekte aus dem Bundeshaushalt unterstützen. Sie wird ferner ihre Einflußmöglichkeiten auf die dienstleistenden Unternehmen des öffentlichen Sektors zugunsten von EUREKA geltend machen. Ich bin sicher, daß diese öffentlichen Mittel, die die Ressourcen der Wirtschaft, insbesondere des Industrie- und des Bankensektors, sinnvoll ergänzen und unterstützen werden, eine substantielle Grundlage für den deutschen Beitrag zu EUREKA bilden werden.

EUREKA wird maßgeblich danach beurteilt werden, welche Projekte diese Initiative mit Leben erfüllen. Wir sollten daher unverzüglich, aber mit großer Sorgfalt, die Auswertung konkreter Projektvorschläge in Angriff nehmen.

Die großen Felder, die sich für die Durchführung von EUREKA-Projekten anbieten, sind:

- Hoch-Technologien mit industriell orientierter Zielsetzung, bei denen gemeinsame Anstrengungen zu größerer Wirksamkeit führen;
- Technologien zur Lösung grenzüberschreitender Probleme, etwa zur Erhaltung und zum Schutz der Umwelt;
- Entwicklung modernster Infrastruktur etwa im Verkehrswesen und der Kommunikation.

Die Bundesregierung sieht in folgenden Projekten erste exemplarische Beispiele für gemeinsame EUREKA-Aufgaben

- die Entwicklung von Lasersystemen höchster Leistung für Materialbearbeitung und Fertigungstechnik;
- die Untersuchung der Ausbreitung von Luftschadstoffen im europäischen Maßstab;
- ein europäisches Forschungsnetz, das einen Informationsverbund zwischen den Universitäten und Forschungsstellen in Europa herstellen soll.

EUREKA soll - entsprechend dem Entwurf der Grundsatzerklärung, über den Sie beraten werden - auf der bestehenden technologischen Zusammenarbeit in Europa soweit wie möglich aufbauen und sie ergänzen. Dies ist in meiner Sicht ein wesentlicher Punkt .

EUREKA ermöglicht, was ich ausdrücklich begrüße, die gleichberechtigte Beteiligung auch von europäischen Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind. Es ist aber nicht unsere Absicht, durch EUREKA die bestehenden Formen der Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft zu unterlaufen.

Wir wollen keinen Konkurrenzkampf zwischen der Europäischen Gemeinschaft und EUREKA in Gang setzen, sondern beide sollen in einem harmonischen Zusammenspiel dazu beitragen, daß Europa an der Spitze der technologischen Entwicklung bleibt.

Es liegt in unser aller Interesse, die wichtige Koordinierungsfunktion, die die Gemeinschaft für die

nationalen Forschungs- und Technologiepolitiken der Mitgliedstaaten hat, nicht zu schmälern.

Wir wollen daher auch mit EUREKA keine neue Bürokratie ins Leben rufen. Vielmehr sollten wir uns mit einem leichten und flexiblen Organisationsrahmen begnügen.

Der Erfolg von EUREKA hängt nicht zuletzt davon ab, wieweit es uns in Europa gelingt, einen homogenen Wirtschaftsraum zu schaffen. Der Europäische Rat hat in Mailand den Auftrag gegeben, ein konkretes Aktionsprogramm zu erstellen, um bis spätestens 1992 die Bedingungen für einen einheitlichen Markt in der Gemeinschaft zu schaffen.

Ich begrüße, daß in der Luxemburger Erklärung der EG und der EFTA-Staaten parallele Anstrengungen in Aussicht gestellt werden. Nur ein Markt, in dem die wirtschaftlichen Grundfreiheiten uneingeschränkt hergestellt sind, ermöglicht die optimale Nutzung von Ressourcen und ist damit entscheidende Voraussetzung für das Gelingen einer engeren technologischen Zusammenarbeit.

Für die Bundesregierung hat die Vollendung des Binnenmarktes - und zwar in einem überschaubaren und zugleich realistisch angesetzten Zeitrahmen - höchste europapolitische Priorität. Der offene Binnenmarkt ist auch ein Erfordernis weltanschaulicher Handelspolitik. Denn nur dann haben wir auch den erforderlichen Rückhalt für den Wettbewerb auf dem größeren Weltmarkt.

EUREKA hat auch eine Funktion in unserem Bemühen, die politische Rolle Europas im internationalen Kräftefeld zu stärken. Denn Europa kann auch seine politischen Interessen in der Welt nur in dem Maße zur Geltung bringen, als es wirtschaftlich und technologisch mithalten kann.

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft gehen hier ihren besonderen Weg. Aber es kann ohne Zweifel auch denjenigen die aus Gründen, die wir respektieren, außerhalb der Gemeinschaft stehen, nicht gleichgültig sein, ob Europa sich politisch enger zusammenschließt oder sein Heil in der nationalstaatlichen Enge des 19. Jahrhunderts sucht.

Die Menschen in diesem Land sehen heute - nach einem Stimmungstief Anfang der achtziger Jahre - der Zukunft wieder mit mehr Optimismus ins Auge. Leistung und Erfolg werden nicht mehr belächelt oder diffamiert, sondern zählen wieder. Dies sind hoffnungsvolle Zeichen, und ich bin sicher, sie finden sich in ganz Europa.

Niemand unter uns verkennt die Ambivalenz technischen Fortschritts.

Dies gilt auch für die neuen Technologien. Ich erwähnte schon die Probleme, die sich hieraus für die Arbeitswelt und darüber hinaus für das Schicksal vieler Familien in unserer Gesellschaft ergeben. Ich denke aber auch an sehr ernsthafte ethische Fragen, wie sie beispielsweise die Genforschung aufwirft. Es wäre daher verfehlt, wenn wir uns in der Diskussion über die neuen Technologien nur von der Frage leiten ließen, was technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Aufgabe der Politik bleibt es, die jeder Zivilisation innewohnenden Spannungen auszugleichen. Nur Ideologen versuchen dem dadurch auszuweichen, daß sie entweder die Katastrophe an die Wand malen oder- möglichst im gleichen Atemzug - die heile Welt postulieren.

Aber welches andere System als die freiheitliche Demokratie könnte besser mit der Herausforderung fertig werden, vor die Wissenschaft und Technik die Menschen an der Schwelle dieses neuen Jahrtausends stellen? Nur in der offenen pluralistischen Gesellschaft werden die Fragen so gestellt, daß wir darauf der Freiheit und Würde des Menschen angemessene Antworten geben können.

Ich verstehe EUREKA auch als einen Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit. Unser Zusammenschluß bedroht niemanden. EUREKA ist ein ziviles Programm und dient dem friedlichen Wettbewerb. EUREKA sollte aber auch - bei aller Offenheit für sonstige Kooperationsformen mit dritten Ländern - ein europäisches Unterfangen bleiben. Und es sollte nicht zuletzt ein Programm sein, in dem Länder zusammenarbeiten, die

sich einer gemeinsamen Wertordnung verpflichtet fühlen.

Ich wünsche dieser Konferenz noch einen erfolgreichen Verlauf und freue mich, daß die Bundesrepublik Deutschland Gastgeber einer für die europäische Zukunft so wichtigen internationalen Veranstaltung sein darf.